

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Luthers Bürgerblock noch unterwegs.

Nach Bedenken des Zentrums.

Der Vorstand des Reichstags ist heute vormittag 11 Uhr zusammengetreten. Für 3 Uhr ist der Ministerrat einberufen worden. Der Plenarsitzung, die um 4 Uhr beginnt, wird keine größere Bedeutung zukommen, da die Hauptarbeit auch heute noch in den Fraktionszimmern liegt.

Wie die Telegraphen-Union aus Zentrumskreisen erfährt, ist man dort der Ansicht, daß Dr. Luther von seinem ursprünglichen Plan eines überparteilichen Kabinetts zugunsten einer an die Fraktionen gebundenen Regierung abgewichen sei. Die Zentrumskreise, die gestern noch keinen Beschluß gefaßt hat, hat unter diesen Umständen noch Bedenken gegen einige von Dr. Luther vorgeschlagene Kandidaturen, die nach ihrer Ansicht das Kabinett zu weit nach rechts orientieren würden. Während die Deutschnationalen für die neue Regierung ein Vertrauensvotum fordern, glaubt das Zentrum eine so starke Bindung nicht eingehen zu können. Es ist der Ansicht, daß eine Billigungserklärung, wie auch in früheren Fällen, unter Umständen genügen werde.

Die Zentrumskreise tritt heute mittag 12 Uhr zur Erörterung dieser Fragen zusammen. Die übrigen Fraktionen tagen erst am Nachmittag.

Ungelöste Personalfragen.

Die „Germania“ schreibt im Anschluß an eine Meldung, daß die endgültige Entscheidung des Zentrums erst fallen könne, wenn die Zusammenfügung des neuen Kabinetts erkennlich wäre:

„Inzwischen scheinen gewisse Leute Wert darauf zu legen, den Eindruck vorzutäuschen, als ob mit dem Regierungswechsel auch ein Wechsel des politischen Kurses eintreten solle. Anders ist die Nachricht einer Korrespondenz nicht zu erklären, daß als Nachfolger des mit dem Reichskanzler Marx von seinem Posten scheidenden bisherigen Presseschefs der Reichsregierung der bisherige Leiter des Referats Inland der Presseabteilung der vortragende Legationsrat Saller in Aussicht genommen worden sei. Wenn das zutreffen sollte, scheint Herr Dr. Luther von Herrn Dr. Stresemann beraten worden zu sein, der ja schon als Reichskanzler gezeigt hat, welche glückliche Hand er in der Auswahl seines Presseschefs gehabt hat. Da aber Herr Dr. Stresemann aus der ziemlich einmütigen ablehnenden Haltung der Presse gegenüber dem damaligen Presseschef gelernt haben wird und Herr Dr. Luther auf ein gutes Verhältnis zur Presse, auch zur Zentrumspresse, Wert legt, möchten wir die Nachricht der Korrespondenz für eine Erfindung jener in der getriggen deutschnationalen Erklärung erwähnten „dunklen Kräfte“ halten, die falsche Meldungen in die Welt setzen, um den Gang der Regierungsbildung zu stören.“

Dieser Personenwechsel wäre in der Tat ein Symptom für einen Wechsel des politischen Kurses — aber eines der minder bedeutsamen Symptome. Sollte man übersehen haben, daß Graf Westarp ausdrücklich eine Meldung des „New York World“ dementiert hat, wonach er gefaßt haben sollte, daß durch den Eintritt der Deutschnationalen in das neue Kabinett die Ausführungen des Dawes-Planes nicht gefährdet werden würde?

Köln und Stresemann.

Die Unterlassungen des Außenministers.

Köln, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Pariser Vertreter der „Kölnischen Volkszeitung“ droht heute früh seinem Blatt, daß es allmählich zu einer internationalen Ueberzeugung werde, daß die Entwicklung der Kölner Frage durch die Unterlassungen des deutschen Außenministers stark beeinträchtigt worden ist. Die „Information“ bringt eine Meldung der „Neuen Züricher Zeitung“ aus London, der zufolge die englische Regierung Anfang Dezember im deutschen Außenministerium über die Möglichkeit einer Verständigung in der Räumungsfrage besondere lassen, jedoch vom Außenminister ausweichende Antworten aus wahllosigen Erwägungen heraus erhalten habe. Eine Stellungnahme zu diesen Angaben in hiesigen offiziellen Kreisen ist zurzeit nicht zu erwarten. Es ist jedoch wiederholt hier berichtet worden, daß auch in Frankreich die Atmosphäre kurz nach dem Wahlen für eine direkte Auseinandersetzung mit Deutschland erheblich besser war als heute. In manchen Kreisen am Quai d'Orsay ist bedauert worden, daß der deutsche Außenminister einen bestmöglichen Mangel an Initiative entwickelt hat.

Heute Erklärung der Preußenregierung.

Neue Obstruktion der Rechten.

Der Preussische Landtag tritt heute nachmittag 3 Uhr zur Entgegennahme einer Erklärung des Ministerpräsidenten zusammen. Die Deutschnationalen und Volksparteier wollen bei dieser Gelegenheit eine neue Kuppelkammer aufbauen. Das steht schon jetzt fest, ja es scheint überhaupt fraglich, ob Braun überhaupt zu Worte kommt, da die „nationale Rechte“ im Begriff ist, sich bis auf weiteres solange kommunistischer Methoden zu bedienen, als sich die Regierungsparteien ihrem Willen nicht untergeordnet haben. Schließlich aber wird es auch dagegen noch Mittel der Abhilfe geben.

Die Deutschnationalen abgefallen.

Der Vizepräsident des Preussischen Landtags, Herr v. Kries, hatte bereits am Sonntag mit dem Minister Hirtfelder wegen einer möglichen Umbildung des Preussenkabinetts Fühlung

genommen. Wie die Zeitung erfährt, verhielt sich Hirtfelder zu allen Vorschlägen des Herrn v. Kries ablehnend. Die in der Presse ausgetauchten Mutmaßungen über ein neues preussisches Kabinett aus Vertretern der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums sind damit hinfällig.

Disziplinarverfahren gegen Schüßinger.

Verurteilung zu Verweis und Geldstrafe.

Dresden, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Wie wir schon dieser Tage mitteilten, ist das von Polizeoberst Dr. Schüßinger beim sächsischen Ministerium des Innern gegen sich selbst beantragte Disziplinarverfahren nunmehr zum Abschluß gelangt. Umfangreiche Ermittlungen und ihre Auswertung führten zu der Verurteilung Schüßingers zu einem Verweis und zu einer Geldstrafe in der Höhe eines Monatsgehalts. Die Verurteilung erfolgte hauptsächlich, da Schüßinger in der Zeit des Ausnahmezustandes im Herbst 1923 eine geheime Verfügung des Wehrkreiskommandos nicht weitergegeben, sondern einige Tage mit der Befehlsgebung geögert hatte. Verschiedene andere Belastungsmomente sind teils in sich selbst zusammengebrochen, andererseits stellen sie sich milder dar, da Schüßinger im wesentlichen die Befehle und Anordnungen seiner damaligen Vorgesetzten ausgeführt hat. Um zu einer Verurteilung zu kommen, zog das Disziplinargericht die ganze schriftstellerische Tätigkeit Schüßingers heran und entnahm aus seinen Aufsätzen einzelne Sätze, um daraus ein Urteil herzuleiten. Zum Schluß aber mußte es attestieren, daß „auch sonst die Erörterungen nichts Belastendes gegen die Amtsführung Schüßingers ergeben haben“.

Nachspiel zum O.-C.-Prozess.

Neue Vereinbarungen über den Süddeutschen Senat.

B. S. Leipzig, 14. Januar. Wie erinnertlich, war von der Verteidigung im O.-C.-Prozess die Befehlsgebung des Süddeutschen Senats des Staatsgerichtshofes als nicht vorchriftsmäßig gerügt worden, weil an Stelle von verhinderten süddeutschen Beisitzern Mitglieder des Norddeutschen Senats von Senatspräsident Dr. Medner als Stellvertreter berufen worden waren. Im Anschluß an den Prozeß ist dann auch sowohl von Bayern wie von Württemberg Protest gegen diese Zusammensetzung des Süddeutschen Senats erhoben worden. Die hieraus entstandenen Auseinandersetzungen zwischen den süddeutschen Ländern und dem Reich haben nun zu der Vereinbarung geführt, daß künftighin bei Verhinderung ordentlicher Mitglieder des Senats die Befehlsgebung durch Stellvertreter nicht nach dem Erstellen des Vorsitzenden erfolgen darf, wie das im O.-C.-Prozess der Fall war, sondern nur an Hand der hierfür aufgestellten Beisitzer- und Stellvertreterliste. Auch für die Befehlshaben, die aus Süddeutschland stammen und die der Staatsgerichtshof in einer Befehlsgebung mit drei Richtern zu erledigen hat, sind besondere, auf Vorschlag der süddeutschen Staaten ernannte Stellvertreter in bestimmter Reihenfolge heranzuziehen.

Die Quellen der Hehe.

Die Staatsanwaltschaft nicht beteiligt.

Auf die Frage nach den Quellen des politischen Verleumdungsdelictes der Rechtspresse antwortet der Preussische Pressedienst für die Staatsanwaltschaft:

„Verschiedentlich ist in der Presse aus Anlaß aufsehenerregender Mitteilungen der Vermutung Ausdruck gegeben worden, daß in den Etappen gegen Barmat und Genossen sowie gegen Lullster und Genossen die Staatsanwaltschaft einzelnen Blättern Material geliefert habe, um „einen politischen Feldzug gegen die Parteien der Linken und der Mitte zu führen.“ Die Vermutung entbehrt, wie dem Amtslichen Preussischen Pressedienst mitgeteilt wird, der Begründung. Mit jenen Mitteilungen in der Presse steht die Staatsanwaltschaft in keiner Verbindung.“

Demnach beruhen die Verleumdungen der Rechtspresse, vor allem die falschen Nachrichten des „Lokal-Anzeiger“, auf freier Erfindung.

„Stahlhelmgeist“.

Eine schwarzweißrote Korruptionaffäre.

Halle, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Ein betriebssamer Schnapsfabrikant in Halle namens Rucke hatte Schnapsarten hergestellt, die er Stahlhelm-Tropfen und Stahlhelm-Geist benannte. Sie fanden auf den patriotischen Festen reichenden Absatz. Wie wir erfahren, ist der durch die Herstellung dieses Schnapses rühmlich bekannte Schnapsfabrikant wegen Steuerhinterziehung und Beteiligung an Spirituenschleibungen verhaftet worden. In diese saubere Angelegenheit ist die hiesige Direktion der Disconto-Bank, die für diesen völkisch-nationalen Schnapsfabrikanten Bürgschaft geleistet hatte, hineingezogen worden und im Regreßwege vom Finanzamt zur Zahlung größerer hinterzogener Steuerbeträge gezwungen worden. Man spricht bisher von einem Verlust von etwa 140 000 Mark. Gleichzeitig erhält sich in Mitteldeutschland hartnäckig das Gerücht, daß seit einiger Zeit bei der Halleischen Direktion der Darmstädter Bank etwas nicht stimmt. Alle Versuche, den Direktor dieser Bank, den bekannten nationalsozialistischen Herrn Reich, persönlich oder telephonisch zu erreichen, schlagen fehl. Seit einigen Tagen erhält man die Auskunft, daß dieser Herr aus Gesundheitsrücksichten sich in ein Sanatorium zurückgezogen habe. Tatsächlich ist Reich nach Holland geflüchtet. Hinter ihm ist ein Steckbrief erlassen worden.

„Zwischen den Wellen.“

Neue Thesen der KPD.

Der kommunistische Zentralkomitee hat dieser Tage in Berlin sich erneut mit der Politik der KPD. beschäftigt. Als Resultat seiner Beratungen veröffentlicht die „Rote Fahne“ seitenlange Thesen über „Die politische Lage und die Aufgaben der KPD.“ Es wird über die „einstimmige“ Annahme dieser Thesen berichtet, die Debatte wird verschwiegen. Sonst erfährt der geduldige Leser der „Roten Fahne“ nur noch, daß der Annahme der Thesen ein Referat, offenbar Ruth Fischers, vorausgegangen ist, das mit der Ueberschrift „Wieder vorwärts“ versehen wird.

Die Kommunisten verfügen heute noch im Reichstag über 45 Mandate. Sie sind dort, genau wie im Preussischen Landtag, die zuverlässigste Stütze deutschnationaler Regierungshandlungen und reaktionärer Restaurationspläne. Alle Statistiken der Rechtspresse zählen stets (ohne es freilich offen einzugehen) die kommunistischen Mandate den Stimmen der Opposition oder den Stimmen der Abgeordneten zu, die eine Linkslösung unmöglich machen. Grund genug für jeden, die Entwicklung der kommunistischen Partei aufmerksam zu verfolgen. Sie hat selbst von sich befunden, daß sie erst seit Oktober 1923 sich aus einer „radikal-sozialistischen“ in eine „kommunistisch-leninistische“ Partei verwandelt habe. Die neue Führung der KPD. hat seitdem keinen Tag vergehen lassen, ohne mit allen Mitteln ihre Stellung in der Organisation zu befestigen, Widerspenstige und Keher zu bejähigen. Die Liste der „Abtrünnigen“ ist lang und alles spricht dafür, daß sie noch länger werden wird.

Es mag Illusionisten geben, die glauben, daß in der kommunistischen Partei eine Rückwärtsentwicklung möglich wäre. Wer den Bericht der Zentralkomiteeführung aufmerksam liest, wird solcher Illusion nicht verfallen. Die von Ruth Fischer geführte Zentrale kann nicht anders, als bei ihrem fanatischen Kampfe gegen die Arbeiterbewegung zu bleiben. Auch sie erkennt, daß die „revolutionäre Welle“ abgeebbt ist und die Signatur, die sie der jetzigen Periode verleiht, ist die Bezeichnung „Zwischen den Wellen“. Radelschicksalsfrage, was die Komintern tun solle, wenn die Weltrevolution nicht einträte, bleibt ebenso sehr der Mittelpunkt der Debatten in der KPD., wie Trozkis halb fatalistische, halb pessimistische Fragezeichen. Daß die Hoffnungen auf die Weltrevolution geringer geworden sind, vermag auch der gläubigste Kommunist nicht mehr zu leugnen. Die KPD. steht vor der Frage, wie sie sich mit dieser Situation abfinden soll.

Die linke Führung der kommunistischen Partei erkennt die „Gefahr“ dieser Entwicklung für die eigene, in den Inflationsjahren künstlich aufgebaute Organisation. „Zwischen den Wellen“ muß man mehr leisten, als nur revolutionäre Reden halten und „großzügige Perspektiven“ ziehen. Das Zerfallen der Illusionen zwingt zur Arbeit und darin hat die Stärke der Kommunisten niemals gelegen. Ruth Fischer hat schon ganz recht, wenn sie von der eigenen Partei sagt:

„An der Praxis sind in der Partei noch viele Unklarheiten, Halbheiten, Konfusionen, wenn es an die Durchführung unserer Lösung: Die KPD. die einzige Arbeiterpartei, herangehe. Es genügt nicht, sich im Abstrakten zu verständigen und bei jeder praktischen Aufgabe dann unsicher und schwankend oder zu spät die politischen Fragen zu stellen und zu lösen.“

Vergeblich sucht man darum auch in dem langen Thesen-schwall nach konkreten politischen s a h b a r e n Forderungen, für die die KPD. sich heute oder morgen einsetzen wird. Das politische Interesse der KPD. erstreckt sich nicht auf die konkrete Gegenwartsarbeit für die Arbeiterklasse, es erschöpft sich in dem Kampfe der Arbeiter untereinander. Vom Standpunkte der kommunistischen Partei und des linken Fanatismus aus vielleicht nicht mit Unrecht. Jeder auch nur halbwegs ehrliche Versuch gemeinsamer Arbeit, jedes auch nur zögernde Eintreten für konkrete Tagesaufgaben würde die Frage der Existenzberechtigung dieser Sonderpartei aufwerfen, würde ihre Unfähigkeit zu wirklicher Arbeitsleistung beweisen. Ihre Lebensberechtigung kann nur im Kampfe gegen die Arbeiterbewegung liegen, deswegen sind auch die neuen Thesen nur wieder eine erneute Anweisung zum verschärften Kampfe gegen die Sozialdemokratie. In den eigenen Reihen dient diesem Ziel die verschärfte und heftige Polemik gegen alle möglichen und unmöglichen rechten Abweichungen. Selbstverständlich wird über Trozki noch einmal der große Kirchenbann ausgesprochen. Brandler und Thalheimer werden mit dem Ausschluß bedroht. Unbarmherzig will die Partei alle „Verföhner“ aus ihrer Mitte ausmerzen, welche regelmäßig in solchen Perioden aussuchen, meist aus den Kreisen der Intellektuellen, und zu heulmeiern ansagen: „Seht, welch ein Jammer! Immer wieder kämpfen Arbeiter gegen Arbeiter, und die Bourgeoisie lacht dazu.“ Diesen „Jammer, daß Arbeiter gegen Arbeiter kämpfen“, will die KPD. dadurch aus der Welt schaffen, daß sie die Gegensätze „nicht vertuscht und nicht verkleinert, sondern dadurch, daß man sie bis zum Ende austämpft“. So fehlt es denn nicht an den altbekannten Beschimpfungen der Sozialdemokraten als „Schufte“, „Arbeiterverräter“, „Agenten des Kapitals“ usw. usw. Nachdem Sinowjew in seinem blütenreichen Stil so manche sprachliche Neuschöpfungen geschaffen hat, fällt es allerdings auch den eifrigsten Jüngern schwer, ihn zu übertrumpfen und in der Wiederholung den alten Eindruck aufrechtzuerhalten. Das Gefühl der Unzulänglichkeit dieser Methoden scheint selbst bei der linken Führung nicht ganz ausgeföhrt zu sein. Die Verluste der

KPD. bei den letzten Wahlen werden etwas ehrlicher als das sonst geschieht, endlich auch auf eigene Fehler zurückgeführt.

„Dass die Partei in der Frage der Parliamentsobstruktion Schwierigkeiten hatte, und es nicht verstand, dies den Massen verständlich zu machen, war ein Grundfehler, der sofort zu korrigieren ist. Wir haben eine ganze Reihe anderer Fehler gemacht, die sich schwer rächen. Zum Beispiel die Nichtbeachtung der Frage Schwarz-Rot-Gold. Der Rote Frontkämpferbund hat den ganz einfachen politischen Grundgedanken, das Rot der Klassenfront des unverfälschten Klassenkampfes dem Gedanken der Koalition mit der Bourgeoisie gegenüberzustellen. Diese ganz einfache Tatsache hat die Partei nicht verstanden auszuwerten. Erst im letzten Teil der Wahlkampagne haben wir diesen Fehler wieder etwas weit gemacht. Dass wir es in den Betrieben verstehen, die Massen zu uns herüberzuführen, hat uns gefehlt, trotz aller Beschlüsse der Einheitsfront von unten. Dass wir die Gewerkschaftskampagne und die Kampagne für das Götthaer Programm zu schwächlich geführt haben, sind Grundfehler, die mit den inneren Schwankungen innerhalb der Partei erklärt werden können. Mit dieser inneren Unsicherheit der Mitglieder muß gebrochen werden. Wir müssen das Gefühl der Notwendigkeit und Richtigkeit unserer Politik wirklich in unsere Mitgliedschaft hineintragen.“

Etwas schwierig scheint dieses Einbezogieren der Mitglieder allerdings doch zu sein. Man kann sich kaum denken, daß kommunistische Arbeiter z. B. dem zustimmen, wenn über Genossenschaftsarbeit folgendes gesagt wird:

„An unsere Genossenschaftsarbeit hat sich ein Zug eingeschlichen, den wir nicht ertragen können. In einer Genossenschaftsbroschüre, die zweifellos vom Gen. Brandler geschrieben worden ist, wird als Ziel der Genossenschaftsarbeit bezeichnet, den Arbeitern billige Lebensmittel zu verschaffen. Das heißt echt sozialdemokratische Politik treiben. Wir werden unsere Genossenschaftsarbeit so nicht anfangen, sondern sie klassenmäßig führen.“

Es ist zwar sehr einfach, immer das Gegenteil von dem zu tun und zu befürworten, was die Sozialdemokratie tut. Aber dieses einfache Rezept hat seine Schattenseiten, und die KPD. wird diese Schattenseiten noch sehr zu spüren bekommen. Wie sie sich damit auseinandersetzt, ist ihre Sache. Wir können nur feststellen, daß die Kommunisten vorläufig und, wie uns scheinen will, für lange Zeit als Partei für jede ernsthaft politische Kombination ausschalten.

In dem Referat des Zentralausschusses findet sich der bezeichnende Satz: „Der Sturz Macdonalds hat das Gesicht der Welt verändert.“ Sonst hörten wir aus kommunistischem Munde nur ein wüstes Geschimpfe auf die englische Arbeiterregierung, die stets nur als Handlangerin reaktionärer bourgeois Interessen geschildert wurde. Wenn der Sturz Macdonalds das Gesicht der Welt verändert hat, so doch nur deshalb, weil er den Einfluß der Arbeitererschaft auf die internationale Entwicklung schwächte. Die Kommunisten sehen selber die ungeheuren Gefahren, die ungezügelt kapitalistische Kräfte in der ganzen Welt heute noch für die Arbeitererschaft darstellen. Statt sie zu bändigen und zurückzudrängen, arbeiten sie ungefähr an ihrer Entfesselung in der sinnlosen Hoffnung, in der allgemeinen Katastrophe so etwas wie einen „bewaffneten Sieg“ der Arbeitererschaft erringen zu können. Ihre rhetorische Verwahrung gegen den Vorwurf des Bolschewismus kann die Tatsache nicht verhehlen, daß ihre ganze Taktik bewußt und planmäßig die reaktionären Kräfte — jeder nicht immer ohne Erfolg — zu stärken bemüht ist, und daß ihre phantastischen Hoffnungen Missionen sind, deren Vollendung das Grab der Arbeiterbewegung bedeuten würde. Die „Wellen“, auf die sie hoffen, sind in Wirklichkeit die Wellen der Reaktion. Die Arbeiterbewegung wird trotz ihrer Phantastereien die Insel zwischen den Wellen zu dem Felsen an ausbauen, an dem sich reaktionäre und kommunistische Wellen brechen.

Der neue tschechoslowakische Gesandte in Berlin, Dr. Krostka, wird seinen Berliner Posten erst Ende März antreten, weil für ihn noch kein Nachfolger für den Wiener Posten bestimmt ist.

Prinzipielle Antikapitalisten. Kommunistische Grundsätzlichkeiten.

Die „Rote Fahne“ verteidigt die „Mologa“ gegen die Angriffe des schwerkapitalistischen „Tag“. Sie beschwört, alles ist bei der Mologa in Ordnung, alles ist ein sauberes Geschäft, ihre Kredite sind wohlhundert. Damit hat sie recht. Aber die „Mologa“ ist ein Unternehmen, bei denen die größten Konzerne des Schwerkapitalismus in Deutschland, unter anderem der Stinnes-Konzern, beteiligt sind. Die „Rote Fahne“ als Schwurzeuge für die Legalität, Sauberkeit und Solidarität der Geschäfte der großen Konzerne — das ist immerhin ein interessantes Bild.

Der Partner bei diesem großkapitalistischen Geschäft ist die Sowjetregierung mit ihren neuen kapitalistischen Methoden, und das erklärt alles. Die prinzipielle Stellungnahme der „Roten Fahne“ gegen den Kapitalismus reduziert sich auf folgende Formel: wenn ihr die Sowjetregierung im Geschäft schneidet, werden wir euch als Vörder und Todfeinde der Arbeitererschaft beschimpfen, macht ihr aber Geschäfte mit ihr, dann werden wir uns für euch journalistisch engagieren. Eine feine Mischung von Revolutionsphrasen und kapitalistischem Interessentjournalismus!

Deutschnationale Unverschämtheiten.

Der Potsdamer Kreisverein der Deutschnationalen hat in einer ... genommen, sich mit einem Protest wegen der Nichträumung Kölns beschäftigt und dann einen Ausfall gegen den Reichspräsidenten unternommen, der mit folgenden Worten formuliert wurde:

„Wir mühten erwarten, daß der vorläufige Reichspräsident Herr Ebert aus dem Spruch des Magdeburger Schöffengerichts die Folgerungen ziehen und sein Amt niederlegen werde. Das hat er nicht getan. Wir halten es für Deutschlands Würde unerträglich, daß ein Mann, auf dem der Vorwurf des Landesverrats lastet, die Geschäfte des Reichs führt. Jeder Beamte, den ein solcher ähnlicher Vorwurf trifft, wird unverzüglich vom Dienst entbunden. Wir fordern, daß Herr Ebert gezwungen wird, sich jeglicher Amtstätigkeit zu enthalten, solange das Verfahren schwebt.“

Dieser unverschämte Angriff gegen den Reichspräsidenten wird obendrein in dem amtlichen Publikationsorgan veröffentlicht, obgleich er eine ganz klare, nach § 14 des Strafgesetzbuchs verfolgbare Rädigung zur Unterlassung der Amtstätigkeit enthält. Aber der Potsdamer Kreisverein ist doch zu spät aufgestanden. Denn der deutschnationale Parteisekretär von Forstner, der in Magdeburg sich mit dem Auspruch blamierte, das Ludendorff-Telegramm mit dem Verlangen nach Waffenstillstand im September 1918 wäre nie abgelehnt worden, wenn nicht der Streit vom Januar gewesen wäre — dieser Forstner hat in Hessen, wo er Parteidiener leistet, schon längst ebenso schöne Beschlüsse fassen lassen.

Inzwischen drängen sich aber die Deutschnationalen danach, diesem Reichspräsidenten den Eid auf die republikanische Verfassung leisten zu dürfen!

Konkordatsberatung in Bayern.

München, 14. Januar. (WZB.) Den Schluß der gestrigen Landtagsitzung, die sich bis in die späten Abendstunden hinzog, bildete die Beratung der Konkordatsvorlage und der Beträge mit den evangelischen Landeskirchen. Abgeordneter Dr. Wohlmutz (Bayerische Volkspartei) betonte, daß die bayerische Regierung mit der Unterzeichnung des Konkordats einen Akt der Souveränität vollzogen habe, der Bayerns Staatshoheit klar zum Ausdruck bringe. Die Vorwürfe, monach die Reichs- oder Landesverfassung verletze worden sei, seien bereits eingehend zurückgewiesen worden. Schließlich wendet sich der Redner entschieden gegen die Behauptung, daß die Parität zwischen beiden Kirchen nicht gewahrt worden sei.

Die Opposition schickte als ersten Redner den sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Högnert vor, der bestritt, daß überhaupt ein zwingender Anlaß zum Abschluß des Konkordats vorhanden gewesen

sei. Redner hielt eine vollständige Umarbeitung des Konkordats für geboten und legte Verwahrung dagegen ein, daß das Konkordat und die Beträge mit den evangelischen Kirchen durch eine einfache Mehrheit zum Landesgesetz gemacht werden sollen. Schließlich sagte Redner, daß der bayerische Staat auf schulpolitischem Gebiet vollständig vor der Kirche kapituliert habe.

Weiterberatung Mittwoch vormittag.

Ein neuer Sememord.

Stettin, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In Lauenburg in Pommern wurde ein junger Mann verhaftet, der angab, bei einem in Mecklenburg im Dezember 1923 verübten Mord Hilfe geleistet zu haben. Aus seiner weiteren Vernehmung ging hervor, daß er bis 1. Oktober 1923 als Zeitfreiwilliger beim Pionier-Bataillon Nr. 3 in Rügen in dienst war. Als dann im Oktober 1923 der Buchrucker-Busch kam, wurde fast das ganze Bataillon und auch er zur Strafe nach Mecklenburg auf Arbeitskommando versetzt. Ein Feldwebel, der als Arbeitskommando-aussender dort war, will nun eines Tages an der Bahnstrecke Wismar-Schwerin einen Spigel bemerkt haben. Er befahl dem Zeitfreiwilligen, sich mit diesem Spigel zu befreunden und ihn auf einen bestimmten Weg zu locken. Das geschah und in einer Nacht im Dezember traf der Feldwebel auch die beiden und schloß kurzerhand den angeblichen Spigel nieder. Der Leiche wurden sämtliche Papiere abgenommen und diese selbst dann an einem nahen Gehöft des Besitzers Bahnrad in der Nähe des Bahnhofs vergraben. Anfragen bei der Staatsanwaltschaft in Schwerin-Mecklenburg haben die Angaben bestätigt.

Neuer Hungerstreik in Rußland.

Die Auslandsdelegation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands hat aus absolut sicherer Quelle die Nachricht über eine neue, furchtbare Gefängnisstreik in Sowjetrußland erhalten. In dem alten Kloster in Susdal, in dem gegenwärtig zahlreiche politische Gefangene, fast ausschließlich Sozialisten, interniert sind, ist Ende Dezember ein Hungerstreik ausgebrochen. Welche Vorgänge zu dem Hungerstreik geführt haben, ist im einzelnen noch nicht bekannt. Man weiß nur, daß die Weigerung der Behörden, die schwerkranken tuberkulösen Gefangenen nach einem Spital zu überführen, eine der Hauptursachen des Hungerstreiks bildete. Der Hungerstreik, an dem 30 Personen teilnehmen, währt bereits zwei Wochen. Von den Gefangenen sind viele bereits ernstlich erkrankt.

Die „Geißeln der Sozialistischen Internationale“.

Die im Norden gelegenen Lager der Bolschewisten zur Internierung der Sozialisten stellen sich als wahre Vernichtungsorte aller dort Verbannten dar, die für einen freihellen Sozialismus gegen die kommunistische Massenverachtung kämpfen. Auf den weitläufigen Solowjenski sind am 19. Dezember 1923 drei sozialistische Männer und zwei sozialistische Frauen erschossen worden, die gegen einen willkürlichen Eingriff Moskaus in die an sich schon stark begrenzte Freiheit der Verbannten protestierten. Soeben veröffentlicht die Auslandsdelegation der Soz.-Rev. Partei Rußlands einen herzerquickenden Appell an die Arbeiterinternationale (Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW. 68), einen Appell, der durch die rücksichtslose Aufhebung der letzten neomonarchischen Grausamkeit der Sowjetverwaltung gegen alle freihellen Richtungen des Sozialismus vorzüglich geeignet ist, das Kulturgeistes der ganzen Welt gegen den blutigen monarchistischen Zwangssozialismus zu wecken. In der urlebendigen Sprache dieser bildkräftigen Rundgebung tobt der Zorn von Hunderttausenden freihellen Sozialisten. Der Volksmund in Rußland bezeichnet die in die russischen Gismisten verbannten freihellen Sozialisten als „Die Geißeln der Sozialistischen Internationale“. Diese Internationale wird ihre „Geißeln“ nicht vergessen.

Koenen und Barmat. Herr Koenen scheidt uns eine Berichtigung gegen die Genossen Heilmann und Breitscheid, in der er schreibt: es habe mit ihm niemals Gallerien im Hause Barmats gegeben, er habe kein Konto bei den Barmats, er habe nie versucht, Krasin und die Gebrüder Barmats zusammenzubringen. Die Angaben, die Herr Koenen bestreitet, stammen aus durchsicherer Quelle.

Roter Mohn im Zuchthaus.

Von Felix Fehrenbach.

Hoffstunde ist.
Ein warmer Sommertag.
Der Spazierhof liegt zur Hälfte in goldigem Sonnenschein. Die eine Mauer wirft kühlen Schatten.
Sträflinge machen ihren Rundgang im Gänsenmarsch. Aus pergamentenen Gesichtern brennen hohle Augen. Schweigend, in sich gekehrt trotten sie im Kreis. Sprechen ist verboten.
Alle haben den Hof schon ausgemessen. Wie oft! Sie wissen, daß sie hundert Schritte zu jeder Runde brauchen.
Wenn sie auf die Sonnenseite kommen, reden sie sich, dehnen die Brust weit und atmen tief.
Wärziger Heuduft kommt von draußen über die Mauer.
Witten im Hof, auf einer Grasfläche stehen zwei Büsche Mohn.
Roter Gartenmohn.
Die Gefangenen wissen vom Vorjahr, wie schön er blüht. Sie warten seit Tagen, daß die schwellenden Knospentrauben plagen und die rote Pracht herausquillt.
Heute ist das Wunder geschehen. Ueber Nacht.
Größe, stammend rote Blumen glühen in der Sonne.
Wenn ein linder Lufthauch drüber streicht, ist's wie züngelndes Feuer.
Und die Gefangenen gehen im Kreis und haben im Haus der Kreudlosen gefunden, woran sie sich freuen.
Hell aufleuchtet der Mohn im Strahl der Sonne.
Scharf ist der Kontrast zum Grau der Mauer.
Deutlich wird's jetzt: Das Graue ist das Tote. Die rote Glut ist die Farbe des Lebens, ein jubelndes Fanal des Lebens!
Hoch aufstrebend die schlanken Stengel des Mohns, als wollten sie das Leben hinaus heben über das tote Grau, das ringsum ist.
Eintönig klingen die Schritte im Kreis.
Wie leere Augen glöhen vergitterte Fenster ins Weite.
Bier tate Mauereng den Raum und roter Mohn glüht in Sonne.
Ein jubelndes Fanal des Lebens!

Shakespeare in Koboldmanier.

Dr. Ludwig Berger, den sich das staatliche Schillertheater zur Ausstattung des Shakespeareschen Lustspiels „Der Widerspenstigen Zähmung“ verschrieben hat, ist in Berlin als Filmmann bekannter als in seiner Eigenschaft als Regisseur. Unvergessen bleibt ihm sein Märchenfilm „Der verlorene Schuh“. Damals hatte er die liebe Hühnerputtelgeschichte mit so

feinsinnigem Empfinden gefolmt, daß sie für die Großen einen ebenso köstlichen Genuß bedeutete wie für die Kleinen. Das war eine künstlerische Tat. Im Schillertheater mocht er es umgekehrt. Sonderbarerweise zieht er Shakespeares Komödie, die für Erwachsene gedacht ist, in ganz naiver Weise auf. Die Kur, die Petruschka seinem widerborstigen Bräutigam angedeihen läßt, um den weiblichen Trost für immer im überlegenen männlichen Willen zu ertränken, ist gewiß ein wenig brutal. Wenn heute eine ernste Bühne das alte Lustspiel in neuer Bearbeitung herausbringt, verlangt man einen originellen Zeitgehalt. Es genügt nicht, einen derben Spah in der Weise Hans Sachscher Fastnachtspiele aufzuführen. Die lebendigen Sprühefeischen Shakespeares wollen heutzutage anders angefaßt sein als vor Jahren, damit sie Munterheit und frohe Laune verbreiten.

Die Lustigkeit der gestrigen Aufführung war erzwungen. Es gab ein übertrieben heiteres Geheule auf der Bühne, das zuweilen im Zuschauer peinliche Gefühle entwickelte. Für einen ermöglichten Darsteller kann es nicht angenehm sein, in kindlicher und kindischer Manier Koboldsprünge zu machen. Zuviele des Guten leistete sich in dieser Hinsicht der Oremio des Leonhard Steckel. Er wirkte nicht läppisch, sondern läppisch. Eine gute Witze hielt der Petruschka des Karl Ebert laut und überlegen und in seinem gewalttätigen Frohsinn durchaus glaubhaft. Ein toller Kerl. Einen interessanten frühlingshaften Versuch machte der in letzter Stunde eingesprungene Tranio des Hubert v. Meyerink. Den übrigen weit aus überlegen Agnes Strauß als Widerspenstige. Sie zeterle nicht von vornherein mit aller Kraft los, sondern sparte sich klug ihr Temperament für die gegebenen Momente auf. Wenn sie dann aber leiste, gab es eine prächtige, wie aus dem Augenblick geborene Explosion. Der laute Erfolg des Abends ist auf ihr Konto zu setzen. In den letzten Szenen — als Gezahmte — wuchs sie zu ganz großem Spiel auf. In ihrer Demut war sie ein Bild der Armut und Schelmerei, das ins Herz leuchtete.

Die Ausstattung des Rudolf Bamberger erinnerte peinlich an die kitschigen Burgenerneuerungen, wie sie der verfloßene Wilhelm z. B. in Heidelberg hat vornehmen lassen. In ihrer grellen Buntheit und Stilllosigkeit schienen sie ganz altem Fundus des Staatstheateres entgegen. Aufheben wirkten die großen Blüschenvorhänge, die, um einen schnellen Szenenwechsel zu ermöglichen, gezogen wurden, an den Palastmauern aus Steinwand deplaziert. Hier hätte man den Mechanismus der Drehbühne aufstellen sollen.

Die Wiedergeburt eines alten Musikinstrumentes. Einzig in seiner Art ist das Musikinstrument, das dieser Tage der russische Musiker Botzschento in Florenz in der Desjensität wieder zu Ehren zu bringen verfuhrte. Es handelt sich dabei um das klavierähnliche Hackbrett, das der im Jahre 1750 in Dresden verstorbenen Violinist und Langsänger Pantaleon Hebenstreit, ein Hofmusiker und Vorjahr des oben genannten russischen Musiklers, Ende des 17. Jahrhunderts konstruiert hatte, und mit dem er seit dem Jahre 1705 erfolgreiche Konzerte in der ganzen Welt gemacht hatte. Aus einer dieser Konzerte für die Einführung seines neu konstruierten Instruments war Hebenstreit auch nach Paris gekommen und hatte am Hofe Ludwigs XIV. durch sein Spiel auf dem Hackbrett das größte

Auffehen erregt. Der Sonnenkönig war es auch, der dem Hackbrett nach dem Vornamen seines Erfinders den Namen Pantaleon gab, unter dem es allgemein bekannt wurde. Ist das Pantaleon auch nicht der unmittelbare Vorläufer des Klaviers, so gab Hebenstreits Konstruktion doch jedenfalls den Anstoß zur Einführung des Hammerklaviers und bahnte damit der eigentlichen Glanzperiode des modernen Klaviers den Weg. Hebenstreit ging bei der Konstruktion seines Instruments von der Voraussetzung aus, daß die Verbindung einer Tastatur mit einem Saiteninstrument auf einem Instrument beruhe, weil dadurch die Tonfülle beeinträchtigt und zudem der Spieler in seiner Bewegungsfreiheit und der Möglichkeit, den Ton zu schattieren, behindert würde. Aus diesem Grunde verzichtete er auf die Tastatur und erdachte ein Instrument mit vier verschiedenen Saiten: feinste Stahlsaiten für die Russel des Klaviers, des Klaviers des 16. Jahrhunderts, Kupfersaiten für die für das Klavierscimbalo und die Harfe geschriebene Russel, Silbersaiten für die Russel des Spinetts, und endlich tiefe Bahnsaiten zur Hervorbringung eindrucksvoller Orgelstimme. Das damit entstandene Pantaleon hatte trotz der Kleinheit seiner Form eine Lautstärke, die doppelt so groß war wie die des modernen Klaviers, und besaß daneben einen verschmäderischen Reichtum an Tönen. Man kann heute auf diesem Instrument die drei Jahrhunderte alte Russel in ihrer ursprünglichen Form zu Gehör bringen. Dafür hat Botzschento in Florenz den praktischen Beweis erbracht, indem er auf dem Pantaleon ein Programm ausführte, das die Russel von Couperin bis zu Ravel und den anderen modernsten Komponisten enthielt.

Ein 50-Pfennig-Theater in London. London soll jetzt eine „Volksbühne“ erhalten, für die die billigsten Eintrittsplätze auf 50 Pf. der Platz festgelegt werden. Die Bühne, für die man einen großen Saal im Londoner East-End in Aussicht genommen hat, wird von der Londoner „Kunstliga“ ins Leben gerufen und erhält ihre Mittel durch eine Schenkung des Carnegie-Instituts. „Es soll wirklich ein 50-Pfennig-Theater werden“, sagte die Leiterin der Liga Judith Bogan, „denn wenigstens 250 der 500-600 Einge werden zu diesem Preise erhältlich sein. Der höchste Preis soll 3/4 betragen. Wir glauben, daß die Londoner Arbeiterklassen ein sehr starkes Bedürfnis nach dem Kunstdrama haben, und wir werden ihnen Stücke von Anatole France, Tchekow, Galsworthy und anderen hervorragenden Dramatikern der Neuzeit vorführen.“

Mary Wigman hat ein neues Tanzwerk „Das Tanamärchen“ vollendet, das wieder als abendfüllendes Werk für eine große Tanztruppe komponiert ist. Die Uraufführung findet am 19. Januar im Reichstheater-Schauspielhaus in Dresden statt. Die Berliner Aufführungen sind am 28., 29. und 30. Januar im Theater am Rollendopplatz.

Die Diabole: der des Verbandes deutscher Erzähler werden im Reichstag am 18., 19., 20. und 21. März von Waldemar Bonitz erörtert. Karten sind ebenfalls an den Theaterkassen von Berthelm, Bote & Bod sowie an der Abendkasse Bertal 5.

Das Berliner Sinfonie-Orchester veranstaltet am 22. abends 8 Uhr, im Gr. Saal der Hochschule, Karlsruherstraße 1, ein Sinfonie-Konzert unter Leitung von Dr. Bruno Bartel. Solist des Abends ist Sabine Meyen (Sopran). Karten in den bekannten Vorverkaufsstellen.

Oskar v. F. Schmidt, spricht auf Einladung A. R. Sparthals am 27. abends 8 Uhr, im Bürgerpalast des Berliner Rathauses über „Der Sinn der Apologie“.

Das interalliierte Finanzabkommen.

Der Inhalt der Pariser Abmachungen.

Paris, 14. Januar. (E.P.) Das Abkommen der Pariser Finanzkonferenz wird heute vormittag um 9 Uhr unterzeichnet werden. In der gestrigen Sitzung erhoben die kleinen Länder einige Einwendungen. Der rumänische Anteil ist trotz des Einspruchs des rumänischen Delegierten auf 1,1 Proz. belassen worden. Rumänien hat Vorbehalte für den Fall erhoben, daß Österreich, Ungarn und Bulgarien ihre Reparationen nicht voll bezahlen sollten. Südamerika und die Tschechoslowakei werden für die Rückzahlung der zuviel erhaltenen Sachleistungen verantwortlich gemacht, und werden dafür dieselbe Frist erhalten wie Italien. Brasilien hat ebenfalls einen Anteil an der Dames-Annullität verlangt. Obwohl noch kein Beschluß gefaßt worden ist, sind die meisten Delegierten, mit Ausnahme des amerikanischen, der brasilianischen Forderung entgegengetreten, mit dem Hinweis darauf, daß Brasilien durch Beschlagnahme der zahlreichen deutschen Schiffe genügend bezahlt sei. Der allgemeine Inhalt des Abkommens dürfte folgender sein:

Der französische Anteil an der Annuität wird in diesem Jahre nur 50,8 statt 52 Proz. betragen, da Amerika berücksichtigt werden mußte; doch genießen die französischen Restitutionsforderungen ein Prioritätsrecht.

Die Behebungskosten im Rheinland dürfen 160 Millionen Goldmark nicht überschreiten.

Die Reparations- und Dames-Organe dürfen jährlich nicht mehr als 30 Goldmillionen kosten.

Die Verzinsung der Dames-Anleihe im Betrage von 80 Millionen Goldmark behält erste Priorität. Von der ersten Eine-Milliarden-Annullität werden somit nur noch 700 Millionen Goldmark zu verzinsen sein. Die amerikanischen Behebungskosten besitzen ebenfalls Priorität. Die amerikanischen Reparationskosten sind auf 350 Millionen Dollar festgesetzt worden.

Die Bezahlung der amerikanischen Forderungen dürfte wie folgt zu geschehen haben: Von den amerikanischen Behebungskosten werden jährlich 55 Goldmillionen Priorität haben, bis die Gesamtforderung von 250 Millionen Dollar ausgelöst sein wird. Dieses Abkommen mit Amerika hat aber nur Bezug auf die deutschen Reparationszahlungen und nicht auf die österreichisch-ungarischen (?) oder bulgarischen (?).

Mussolinis Gewaltherrschaft.

Rom, 14. Januar. (E.P.) In Udine fanden 200 Hausdurchsuchungen statt. 15 Vereine wurden aufgelöst und 20 Wirtschaften geschlossen. In Bologna wurde ein junger Mann, der nicht aus den sozialistischen Gewerkschaften austreten wollte, von sechs jungen Leuten zu Tode geprügelt. In einem Dorfe bei Bergamo gab ein Sozialist mehrere Schüsse auf Faschisten ab und verwundete einige unter ihnen schwer. Am andern Morgen wurde dieser Sozialist tot aufgefunden.

„Messaggero“ veröffentlicht den Text der Gesetzesvorlage, durch welche der Regierung Vollmacht erteilt werden soll, das Strafgesetzbuch, die Prozessordnung und das Gerichtsverfahren zu verbessern und neue Änderungen und Zusätze im bürgerlichen Gesetzbuch vorzunehmen. Aus dem mitgeteilten Wortlaut geht hervor, daß die von der Regierung beabsichtigten Änderungen tiefgehender Natur und von großer Tragweite sein werden.

Nachträglich berichtet „Dissempatore Romano“, daß in Pisa die Lokale des „Messaggero“, in der neben diesem Blatte auch mehrere andere Blätter gedruckt wurden, vollständig zerstört und in Brand gesetzt worden seien. Es seien dabei die Redaktionsräume, der Maschinenraum und alle Seh- und Druckmaschinen zerstört worden. Erst als die Flammen ausgebrochen seien, hätte das Zerstückungswort ausgehört. Die Behörden und die Truppen hätten sich passiv verhalten und den Zerstörern keinen ernstlichen Widerstand entgegengelehrt.

In Carrara wurden gestern einige Lokale der unitaristischen Sozialisten zerstört, darunter das des Konsumvereins, das angezündet wurde. Der Schaden soll sich auf 150 000 Lire belaufen.

Die Krise in Spanien.

Madrid, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die politischen Verhältnisse drängen immer mehr zu einer Klärung. Am besten ergibt sich das aus den Blättern aller Richtungen, welche restlos für eine Verfassungsänderung, wenn auch in ihrem Sinne, eintreten. Die Tatsache, daß die herrschenden Militärs trotz der scharfen Zensur Erörterungen über eine Verfassungsänderung dulden und ebenfalls solche über die Rückkehr zu konstitutionellen Verhältnissen zulassen, zeigt, daß auch die regierenden Kreise unter dem Druck der Tatsachen die Notwendigkeit einer Klärung der Lage einsehen. Man rechnet damit, daß diese Klärung erfolgt, sobald Primo de Rivera aus Marokko zurückgekehrt ist.

Ein Fortschritt.

Deutsche Pressevertreter endlich zugelassen.

Eine Mitteilung des Pariser „Journal“ bestätigt, daß die deutschen Pressevertreter in Paris wieder auf der Pressetribüne der französischen Deputiertenkammer zugelassen sind. Nach Kriegsende war diese Zulassung durch den Verbot der ausländischen Presse in Paris — natürlich auf Betreiben der Regierung des Nationalen Blocks — hintertrieben worden. Nach Verhandlungen, an denen besonders Sozialisten beider Länder teilnahmen, ist es gelungen, diese kleinliche Maßnahme aufzuheben: das neue Präsidium der Deputiertenkammer, das aus linksgerichteten Politikern besteht, hat im Einvernehmen mit der Regierung Herriot den Verbot der ausländischen Presse aufzuheben, daß mit diesem Verbot endlich Schluss gemacht werden mußte. Schwierigkeiten lagen seit einigen Wochen nur noch auf Seiten einzelner deutscher Pressevertreter. Nunmehr sind auch diese letzten Hindernisse überwunden. Damit fällt auch gleichzeitig und automatisch das seit der Ruhrbesetzung bestehende Verbot für französische Pressevertreter in Berlin, die Pressetribüne des Reichstags zu betreten, fort.

Um die luxemburgischen Eisenbahnen.

Brüssel, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die luxemburgische Kammer hat unter schwierigen Umständen das belgisch-luxemburgische Eisenbahnabkommen angenommen. Dieses Abkommen liefert bestimmte Rechte der luxemburgischen Behörden an Belgien aus und unterstellt die gesamte luxemburgische Eisenbahn der belgischen Kontrolle. Die Annahme des Abkommens erfolgte mit einer Stimme Mehrheit, die nur dadurch erreicht wurde, daß der luxemburgischen Regierung von Belgien im letzten Augenblick noch Zugeständnisse gemacht wurden. Die Liberalen und Sozialisten stehen in unerwarteter Opposition gegen das Abkommen. Die luxemburgische „Arbeiterzeitung“ protestiert heftig gegen die Verschärfung der Eisenbahnen, die von ihr als Auslieferung des letzten Restes vom Nationalreichtum bezeichnet wird. Sie fordert das Volk auf, sich gegen das Votum aufzubäumen, denn Luxemburg müsse den Luxemburgern gehören.

Zeugen ...!

Bei dem heutigen Tempo der Verkehrsunfälle und der gerichtlichen Nachspiele, durch die jeweiligen Zeugenausagen dirigiert, dürfte ein Vorfall etwas Eigenartiges beleuchten:

In einer belebten Straße entstand plötzlich nach einem Auffahren ein Aufruhr. Die Sache war die: ein Motorrad, mittlere Maschine, war auf den Bürgersteig aufgefahren, hatte eine Frau gerammt, zu Boden geworfen und angeblickt überfahren. Der Aufruhr hatte sich in Sekunden entwickelt, ebenfalls eine hitzige Debatte und Stellungnahme der „schreienden Volksseele“; blaß stand der von erregten Figuren umringte und bedrängte Fahrer da (um die Frau hatten sich nur ein paar Menschen gekümmert und sie in einen Hausflur gebracht); schon schrie man sich an (jeder wollte es genau gesehen haben!); „Nicht mal bremsen kommt' det Was! So schnell is'et jersot, rutsch uff'n Trottoar ruff! Uff die Frau los!“ oder „Du doch Quatsch! Anders war! Die Frau hat a uff'n Fahrdamm noch gerammt! Und da is'a mit die Riste rum uff'n Bürgersteig jefallen! Uff die Frau ruff!“ Den Fahrer aber ließ man gar nicht zu Wort; man hielt ihn fest und brüllte „Polizei!“. In Wirklichkeit war nun der Vorgang so gewesen: der Fahrer war in mittlerem Tempo angekommen, als ein Kind, das über die Straße wollte, plötzlich wieder zurück und in die Maschine hineinkam; in diesem Augenblick drehte der Fahrer, um das Kind zu retten, scharf auf den Bürgersteig und stieß seitwärts an die Frau, die ebenfalls mehr auf das Kind als auf die Fahrtwendung geachtet hatte. Das stritt man aber, als jemand das ruhig erklären wollte, entriestet ab, bis — die Frau, die angeblich Ueberfahrene, sich gerade erholt hatte (es waren nur die „Nerven“ gewesen), dasselbe erzählte, den schon angegriffenen Fahrer befreite, und plötzlich die eben noch so aufgeregte laute Menge, ziemlich wortkarg und klein geworden, sich, wie man sagt, verträumte ...

Aber — noch fünf Minuten vorher hätte jeder einen Eid geschworen, und, je nach Phantasie und Begabung, ausgelagt; denn „Bezeugen“ scheint noch immer mit „Erzählen“ identisch zu sein ...

Zwei Todesopfer.

Der Unfall in dem Kraftwerk der Reichsbahn.

Der gestrige Unfall im Umformer-Werk der Reichsbahn, über den wir kurz berichteten, hat, wie sich jetzt herausstellt, durch die Explosion des Drosshalters auch 2 Todesopfer gefordert. Der Hilfsmaschinist Richard Rummel ist bereits noch im Laufe des gestrigen Abends seinen schweren Brandwunden im Jüdischen Krankenhaus erlegen, und heute morgen ist dort auch der Werkstättenvorsteher Heisler an den Folgen der bei der Explosion des Schalters erlittenen Verletzungen gestorben. Dagegen besteht bei dem dritten Maschinisten des Umformerwerks, Ruhmann, die Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten, da seine Verletzungen nicht ganz so schwerer Natur sind. Im übrigen ist die Ursache, die zu der Explosion des Drosshalters geführt hat, noch nicht geklärt. Bisher war es auch noch nicht möglich, den elektrischen Betrieb auf der Nordbahn-Strecke wieder aufzunehmen. Der Verkehr wird mit Dampflokomotiven aufrecht erhalten. Wie wir hören, wird die Wiederaufnahme des elektrischen Betriebes auf der Strecke Berlin—Bernau mindestens noch drei Tage auf sich warten lassen, da die durch die Explosion im Umformerwerk angerichteten Zerstörungen doch sehr erheblicher Natur sind. An der Wiederherstellung der Anlagen im Kraftwerk wird mit aller Beschleunigung gearbeitet. Der angerichtete Schaden läßt sich bisher noch nicht völlig übersehen.

Die Berliner Elektrizitätswerke AG. teilen zu dem Unglücksfall folgendes mit: Die Explosion eines großen druckfesten Drosshalters in dem reichsbahn-eigenen Umformerwerk hat auf die Schaltanlage des Kraftwerkes Ruobit rückgewirkt und auch hier, wenn nicht eine Explosion, so doch einen recht gefährlichen Brand in der Schaltanlage hervorgerufen. Derartige Explosionen gehen nie ohne ganz erhebliche Spannungsschwankungen ab. Letztere veranlassen die Ausbetriebssetzung fast aller Drehstrom-Gleichstrom-Umformer in den Unterstationen. Zur Zeit der Explosion hatte das Kraftwerk Ruobit eine Lastspannung von annähernd 100 000 Kilowatt, da diese Explosion gerade während der Hauptlastperiode stattfand. Bewertet sei, daß vom Kraftwerk Ruobit bereits um 6.06 Uhr sämtliche abgehenden Kabel wieder eingeschaltet waren und daß hier, wo die größten Branderscheinungen aufgetreten sind, bereits nach 25 Minuten wieder voller Betrieb war. Der materielle Schaden ist für die B.E.W. nicht annähernd so groß wie der Schaden in dem reichsbahn-eigenen Umformerwerk Bankom. Durch gemeinsame Untersuchung der Eisenbahndirektion und der B.E.W. wird versucht, die Ursache der Explosion festzustellen.

Der Mann, der sein Gedächtnis verlor.

Ein medizinisches Phänomen.

Der merkwürdige Mann, der am 9. Januar nach Berlin gekommen war und hier von einem plötzlichen Verlegen seines Gedächtnisses befallen wurde, ist jetzt wieder vollkommen hergestellt und konnte gestern seine Heimreise antreten.

Wie erinnerlich sein dürfte, hat er den Wirt eines Lokales, Kriminalkommissar Quoch anrufen und zu bestellen, daß „Robert“ ihn erwarte. Der bedauerliche Mann wurde dann auch von dem Kommissar abgeholt. Er war im wahrsten Sinne des Wortes gistesabwesend und erzählte allerlei Geschichten aus Finnland und Schweden usw., ohne sich jedoch auf seinen Namen und andere wichtige Einzelheiten besinnen zu können. Nachdem er mehrere Tage in Schutzhaft verbracht hatte, fiel ihm plötzlich sein Name und alles andere wieder ein. Er ist der 30 Jahre alte Kaufmann Hans Sch., der in Hamburg wohnt und dort auch beschäftigt ist. Diese Angaben wurden auf Anfrage von der dortigen Polizei bestätigt. Er erinnert sich nur noch, daß er eine Geschäftsreise unternehmen wollte. In Lübeck lag er im krankhaften Zustand ein. Jemandem will er an einer Anschlagfäule auf einem roten Plakat den Namen Quoch gelesen haben. Das trifft auch tatsächlich zu, denn in den letzten Tagen sah man an den Anschlagfäulen ein Ausschreiben des Kommissars Quoch anlässlich einer Einbruches. Sch. leit. öfter an derartigen Verbrechen. Als er sich erholt hatte, wurde er der Wohlfahrtsstelle im Polizeipräsidium überwiesen, die für seine Heimreise Sorge trug. Im Polizeipräsidium fanden sich in diesen Tagen auf die Zeitungsseiten viele Leute ein, die einen Angehörigen aus dem Felde vermissen. Sie rechneten mit der Möglichkeit, daß der Vermißte vielleicht bei einer Verhütung um sein Gedächtnis gekommen und seitdem umhergeirrt sei. Auch Ärzte interessierten sich für den Kranken.

Richtlöcher für Hausangestellte.

Im Landesarbeitsamt Berlin wurden heute durch die Vertreter der Arbeitsnachweise und der Organisationen der Hausfrauen und Hausangestellten folgende Richtlöcher festgesetzt: Für Kochfrauen mit Kost täglich 3 M., ohne Kost stündlich 50 Pf., für Reinemacherinnen 45 Pf. pro Stunde, für Teppichklopferinnen 30 Pf. mehr pro Stunde, also 75 Pf., für Kellerreinigung stündlich 60 Pf. Für Bureau- und Treppenreinigung wurde bei einer Beschäftigung von mehr als 30 Wochenstunden 40 Pf. die Stunde und bei einer Beschäftigung von weniger als 30 Wochenstunden 45 Pf. für die Stunde festgesetzt. Die Mindestlosgeldentfädigung der Hausangestellten wurde auf 1,30 M. täglich festgesetzt. Für den Urlaub soll dieselbe inkl. Wohnlohn täglich 1,30 M. und bei fristloser Entlassung 1,30 M. plus 70 Pf. Wohnlohn, also zusammen täglich 2 M. betragen.

Das Schneiderlein mit dem Diebesack.

Wie man es endlich ertappte.

Schon längere Zeit trieb sich ein junger Bursche in den verschiedensten Stadtgegenden umher. Mit einem Sack in der Hand läutete er bei Schneidern, ging dann in den Bäden um und fragte nach Lumpen. Auf diese Weise „baldowerte“ er günstige Gelegenheiten für die sogenannte „Räufarbeit“ aus. Wenige Tage darauf erschien er wieder, stellte die Läuteglocke an der Tür ab, ging in die Räume, in denen niemand war, suchte sich von den Stoffen etwas aus und packte es in seinen Sack. Der Meister und seine Gesellen sahen in der Werkstatt und merkten nichts. Kam nun wirklich jemand, so fragte das Schneiderlein bescheiden nach Lumpen. Einem Schneider fehlten, wie er abends feststellte, mehrere Tage hintereinander verschiedene Ballen Stoff. Um dem Dieb auf die Spur zu kommen, steckte er nun in die verschiedensten Ballen alte Messingplatten hinein. Am nächsten Tage erschienen der Lumpensammler wieder, da er gerade diese Räume als besonders günstig erkannt hatte. Als er sich einen Ballen Stoff vom Regal herunterlangte, fielen die Messingplatten heraus und er sah die Klingel, die er natürlich vorher wieder abgestellt hatte. Der Meister und seine Gesellen eilten auf das schappernde Geräusch der Messingplatten herbei, und mit der Eile nahm man ihm sofort Raß. Dann wurde der Dieb zur Polizei gebracht. Er ist ein 17 Jahre alter Pole Kurkewitz, der schon dreimal wegen ähnlicher Vergehen vorbestraft ist. Schneidermeister, die nun annehmen können, daß ihnen auf ähnliche Weise Stoffe abhanden gekommen sind, können sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 80/90 auf dem Polizeipräsidium Berlin melden.

Der Magistrat zu den Autobusunfällen.

Der Magistrat hat sich in seiner heutigen Sitzung eingehend mit den Autobusunfällen am Lüchow-Ufer beschäftigt und die inzwischen durchgeführten Maßnahmen gutgeheißen. Es wurde fernerhin beschlossen, beim Polizeipräsidium die Sperrung der Genthiner Straße zwischen Lüchowufer und Lüchowstraße für den durchgehenden Verkehr zu beantragen; ebenso soll die Ueberwachung wilder Fahrer in schärferer Weise durchgeführt werden als bisher. Die Verbesserung der Beleuchtung ist nach Bericht des Bezirksamtes inzwischen durchgeführt worden.

Das Herne Eisenbahnunglück.

Neue Vernehmung des Lokomotivführers.

Herne, 14. Januar. (Drahtbericht.)

In mühevoller Arbeit ist es den Mannschaften der aus Essen und Dortmund nach Herne entsandten Hilfszüge gelungen, noch im Laufe der späten Abendstunden des gestrigen Dienstags die Aufräumarbeiten an der Unglücksstätte zu beenden. Um Mitternacht war bereits der Gleiskörper wieder in Stand gesetzt und die Strecke fahrbereit, so daß im Laufe der Nacht der normale Verkehr auf dem Bahnhof Herne wieder aufgenommen werden konnte.

Im Befinden der 26 Schwerverletzten ist erfreulicherweise keine Verschlechterung eingetreten, so daß die Hoffnung besteht, daß sich die Zahl der Todesopfer der Katastrophe nicht weiter erhöhen wird. Nach den bisherigen Dispositionen soll am Freitag in Herne eine gemeinsame Trauerfeier für die Toten des Herne Eisenbahnunglücks stattfinden, an der im Auftrage der Reichsbahn-Gesellschaft die Staatssekretäre Bogi und Rumbier teilnehmen werden. Im Anschluß an diese Feier werden dann die Beisetzungen in den verschiedenen Bohnorten der Opfer erfolgen. Die Schuldfrage des Unglücks ist bisher immer noch nicht ganz geklärt. Zu ihrer Unterzuchung weilen, wie bereits gemeldet, drei Direktoren der Reichsbahn-Gesellschaft an Ort und Stelle, um die Vernehmungen des beteiligten Personals, insbesondere des Lokomotivführers und Heizers des D-Zuges durchzuführen und die Sicherheitsanlagen des Bahnhofs Herne zu prüfen. Unbeschadet der etwaigen Feststellung eines schuldhaften Verhaltens des Lokomotivführers Hauptkamp kann schon jetzt die Hauptursache der feldenswerten Katastrophe in höherer Gewalt, nämlich in dem außerordentlich dichten Nebel, erblickt werden, der am Morgen des Unglückstages über Nordwestdeutschland lagerte und im Industriegebiet noch durch die starke Rauchentwicklung der zahlreichen Werke und Anlagen verstärkt wurde. Wie bereits angedeutet, hatte der Führer des Berlin-Köln Schnellzuges bei dem völlig unsichtigen Wetter anscheinend jede Orientierung verloren und ahnte gar nicht, daß er sich mit hoher Fahrgeschwindigkeit bereits dem Bahnhof Herne näherte. Diese Vermutung wird auch durch die Feststellung bestätigt, daß sich die Katastrophe zu einer Zeit ereignet hat, die mehrere Minuten vor dem Zeitpunkte des schranplannmäßigen Eintreffens des Schnellzuges in Herne lag. Nachdem der Zug das auf „Halt“ stehende Vorsignal glatt überfahren hatte, ohne es als solches überhaupt zu erkennen, war der Lokomotivführer anscheinend immer noch auf der Suche nach dem Vorsignal, während er sich schon mit unverminderter Geschwindigkeit dem Hauptsignal näherte.

Die neue Vernehmung des Lokomotivführers Hauptkamp und des Heizers der Schnellzuglokomotive fand gestern in Herne im Empfangsgebäude des Bahnhofs im Beisein einer Abordnung des Reichsbahndirektoriums Essen und der Staatsanwaltschaft Bochum statt. Es ergab sich auch diesmal einwandfrei, daß beide Vorsignale auf „Halt“ gestanden haben und daß der alte aus Hamm stammende Lokomotivführer ein durchaus streckenkundiger Beamter ist, der schon vor Uebernahme der Ruhr-Regie die Züge geleitet und die Signale in Folge des herrschenden dichten Nebels übersehen hat. Die Signalanlagen des neuen Bahnhofs in Herne entsprechen zwar durchaus modernen Anforderungen, doch soll, wie von sachmännlicher Seite vielfach behauptet wird, die Befichtigung zu wünschen übrig lassen. Der Lokomotivführer des Schnellzuges behauptet übrigens, daß die Zeichen nicht auf „Halt“ gestanden haben. Der Führer hatte erst in Hamm den Zug übernommen, befand sich also erst wenige Stunden im Dienst, als sich das Unglück ereignete. Die endgültige Zahl der Opfer ist jetzt mit 22 Toten und 61 Verletzten festgestellt worden. Die Vernehmung wird heute in Gegenwart von Vertretern der Reichsbahngeneraldirektion Berlin fortgesetzt werden.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen hat dem Oberbürgermeister der Stadt Herne sowie der Eisenbahndirektion in Essen in einem Telegramm sein herzlichstes Beileid ausgesprochen.

Beileid des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat an den Präsidenten der Reichsbahndirektion Essen folgendes Telegramm gerichtet: Tief bewegt durch die Berichte über das schwere Eisenbahnunglück in Herne bitte ich Sie, den Familien der auf so schreckliche Weise ums Leben gekommenen den Ausdruck meines herzlichsten Beileids zu übermitteln und den zahlreichen Verletzten mit der Versicherung meiner Anteilnahme meine besten Wünsche für ihre baldige Wiederherstellung auszusprechen. Reichspräsident Ebert.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

71. Abt. Wilmersdorf. Die Gruppen besuchen die Kreismitgliedsversammlung heute abend. Die Delegierten müssen dort die Wahlkarten abgeben.
111. Abt. Schöneberg. Heute, Mittwoch, 8 Uhr, Jubiläum bei Hermann, Welterdorfer Straße.
Jugendaltpartei Nieder-Schöneberg. Die Donnerstag-Beratsammlung 1921 in dieser Woche aus.

Stichtafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

8. Abt. Charlottenburg. Unser alter Genosse Jacob Androsen ist verstorben. Die Einäschung findet am Donnerstag, den 15. Januar, nachm. 4 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt.

Gewerkschaftsbewegung

10 Jahre Verbot der Nachtarbeit.

In den Bäckereien und Konditoreien.

Der Deutsche Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband schreibt uns:

Eine alte Forderung der Bäcker- und Konditorarbeiten, die Beseitigung der Nachtarbeit, wurde während des Krieges erfüllt. Am 5. Januar 1915 verordnete der Bundesrat über die Bereitung von Backwaren im § 9:

Alle Arbeiten, die zur Bereitung von Backwaren dienen, sind in Bäckereien und Konditoreien, auch wenn diese nur einen Nebenbetrieb darstellen, in der Zeit von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens verboten.

Diese gesetzgeberische Maßnahme entsprang nicht etwa dem sozialen Weltbild, endlich die gesundheitschädliche, unnatürliche Arbeitsweise in den Bäckereien und Konditoreien zu beseitigen und ein Jahrhundert hindurch bestandenes Unrecht gutzumachen, sondern sie war aus der Not der Zeit als Kriegsmaßnahme zur Sicherung der Volksernährung geboren.

Das Verbot der Nachtarbeit trat am 15. Januar 1915 in Kraft. Dieser Eingriff in die „Freiheit“ erregte bei dem konservativen eingestellten Unternehmertum den denkbar größten Unwillen. Die wildsten Drohungen gegen die Regierung wurden laut und man versuchte sich sogar zu der Prophezeiung: Tausende von Bäckereibetrieben werden das Opfer dieser Verordnung und die Brotversorgung wird aufhören! — Eingetreten ist das Gegenteil!

Die Arbeiterchaft dieses Berufes war hocherfreut über die Verordnung und erbrachte recht bald den Beweis, daß auch bei der Tagarbeit die Brotversorgung für die Konsumenten gesichert werden kann. Bald beizureiten sich auch die Unternehmer mit dieser Neuregelung, so daß übereinstimmend die Gewerbeaufsichtsbeamten schon im ersten Jahre die Zustimmung zu dem Verbot der Nachtarbeit aus den Unternehmertreuen feststellen konnten. Die vereinzelt Segner waren nur mehr in den Großbetrieben zu finden, denn sie wurden durch das Verbot in der kontinuierlichen Arbeitsweise beschränkt.

Auch der Revolution trat durch den Rat der Volksbeauftragten an Stelle der Bundesratsverordnung das heute noch bestehende Schutzesetz für die Beschäftigten in den Bäckereien und Konditoreien vom 23. November 1918. Die Schutzbestimmungen wurden auf die tägliche achtstündige Arbeitszeit erweitert, die Arbeit an Sonn- und Feiertagen verboten und den Großbetrieben insofern entgegengekommen, als die Betriebszeit von 12 auf 16 Stunden ausgedehnt und die Möglichkeit geschaffen wurde, in zwei Schichten arbeiten zu können. Diese Neuregelung ging aber nicht nach den Wünschen der Großbetriebe. Sie wollten unter allen Umständen wieder die Zulassung der Nachtarbeit erreichen. Die gewerkschaftliche Organisation der Bäcker- und Konditorarbeiten mußte daher gegen diese Bestrebungen in den letzten Jahren scharfe Kämpfe führen.

Heute, nach dem zehnjährigen Bestehen des gesetzlichen Verbots der Nachtarbeit, kann festgestellt werden, daß sich die gewerkschaftlich und sozialistisch organisierte Arbeiterschaft geschlossen hinter die Forderungen der Bäcker und Konditoren stellt. Die Forderungen der Großbetriebe, daß soziale Kulturerrungenschaften kapitalistischen Profitinteresses untergeordnet, sogar geopfert werden sollen, wurden auch von der 6. Internationalen Arbeitskonferenz nicht verstanden, die mit 74 gegen 15 Stimmen ein Uebereinkommen beschloß, nach dem das Verbot der Nachtarbeit für alle in den Bäckereien und Konditoreien beschäftigten Personen, einschließlich der Unternehmer, allen dem Bäckertum angeschlossenen Ländern zur Ratifikation unterbreitet wird. Auf der kürzlich in Brüssel stattgefundenen gemeinsamen Sitzung der Exekutiven der gewerkschaftlichen und sozialistischen Arbeiterinternationale wurden, wie schon auf dem internationalen Gewerkschaftskongress in Wien die Forderungen der Bäcker und Konditoren als berechtigt anerkannt und die sozialistische Arbeiterpresse aufgefordert, mit größter Energie die Propaganda zugunsten des Uebereinkommens der internationalen Arbeitskonferenz aufzunehmen.

Durch die Beschlüsse der gewerkschaftlichen und sozialistischen Arbeiterinternationale wie auch durch das in der internationalen Arbeitskonferenz mit Mehrheit beschlossene Uebereinkommen wurde den Bäckerei- und Konditorarbeitern eine gewaltige Unterstützung zuteil. Am Tage des zehnjährigen Verbots der Nachtarbeit in Deutschland kann die Hoffnung zum Ausdruck kommen, daß die Nachtarbeit in den Bäckereien und Konditoreien, diese große Kulturhande, die ohne jede wirtschaftliche Notwendigkeit Jahrhunderte hindurch als hygienische und gesundheitliche Gefahr für die Berufstätigen und die Konsumenten bestand, bald in allen dem Bäckertum angeschlossenen Staaten für immer verboten sein wird.

Für die Bäcker- und Konditorarbeiten Deutschlands kommt damit ein seit 40 Jahren mit größter Erbitterung und zäher Ausdauer geführter Kampf zum Abschluß. Nun muß die ganze gewerkschaftliche Kraft auf die Durchführung und Einhaltung dieser wichtigen gesetzlichen Bestimmungen konzentriert werden. Auch diese Arbeit wird mit Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft von Erfolg sein.

Jahresversammlung des AFA-Ortskartells.

In der am 12. Januar abgehaltenen, sehr gut besuchten Jahresversammlung des Berliner AFA-Ortskartells gab der Vorsitzende Flatau einen ausführlichen Geschäftsbericht. Hierbei erwähnte er vor allem die teils zusammenfassende, teils abwehrende Tätigkeit des Ortskartells in den Fragen der Erwerbslosenfürsorge, der sogenannten Pflichtarbeit und des Angestelltenabbaues. Er ging auch ein auf die intensive Arbeit, die geleistet werden mußte unter den Wirkungen der neuen Schlichtungsordnung, auf kulturellem Gebiet und im Interesse der Jugend.

Der anschließend erstattete Kostenbericht ergab ein durchaus normales und erfreuliches Bild. Auf Antrag der Revisoren wurde die Entlastung einstimmig erteilt. Einstimmig erfolgte auch die Wiederwahl von Flatau zum beamteten Vorsitzenden, dem zugleich die Geschäftsführung obliegt. Zum ehrenamtlichen Vorsitzenden wurde Arthur Reichel gewählt, der Mitglied des Gesamtbetriebsrates der Siemens-Werke ist. Durch diese Wahl ist zugleich auch die stets gewünschte Verbindung zwischen der Leitung des Ortskartells und der Berliner AFA-Betriebsräte hergestellt.

Von den anwesenden Vorstandsmitgliedern des AFA-Bundes brachte Aufhäuser die Genehmigung über die günstigen Arbeitsergebnisse des Ortskartells und die gute Zusammenarbeit zum Ausdruck, welche auch für das zukünftige Wirken die besten Aussichten eröffnen. — Der Geschäftsbericht des Ortskartells wird nach im Druck erscheinen.

Nur nicht so hitzig.

Herr Gewerberat Körner schickt uns in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des sachlichen Schlichtungsausschusses für die Privat-elektrizitätswerte der Provinz Brandenburg in Erwiderung einer am 2. Januar veröffentlichten Notiz folgendes Schreiben:

Der Arbeitgeberverband der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke der Provinz Brandenburg ist seinerzeit als geschäftsführende Stelle des sachlichen Schlichtungsausschusses mit mir in Verbindung getreten, um die Festlegung eines neuen Termins für die im Schiedspruch vom 29. November 1924 vorgesehene Nachprüfung der Löhne der Arbeiter herbeizuführen. Der sachliche Schlichtungsausschuss konnte aber seinerzeit nicht zusammentreten, weil der Arbeitgeberbevollmächtigte Dr. Reigel erkrankt und die Bestellung eines Ersatzmannes aus rechtlichen Erwägungen nicht möglich war.

Als sich dann herausstellte, daß die Erkrankung des Dr. Reigel einster Natur war, hatte sich der Arbeitgeberverband der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke der Provinz Brandenburg zunächst entgegenkommenderweise bereit erklärt, seine rechtlichen Bedenken gegen eine andere Besetzung zurückzustellen. Da aber trotzdem die Möglichkeit bestand, daß sich in diesem Falle aus der Durchführung eines Schiedspruches Schwierigkeiten ergeben würden, ist inzwischen vereinbart worden, daß die für den 15. d. Mts. in Aussicht genommene Sitzung in dem Krankenzimmer des Dr. Reigel stattfindet. Die in der angezogenen Veröffentlichung des „Vorwärts“ gerichteten Angriffe gegen den Arbeitgeberverband dürften danach nicht gerechtfertigt sein.

Es ist eine dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses eigene schöne Eigenschaft, sich schützend vor die Arbeitgeber zu stellen, die einer derartigen Protektion wohllich nicht bedürfen. Der sachliche Schlichtungsausschuss, schreibt Herr Körner, konnte nicht zusammentreten, weil die Bestellung eines Ersatzmannes „aus rechtlichen Erwägungen nicht möglich war.“ Dazu ist folgendes zu sagen:

Nachdem der Zentralverband der Maschinen- und Heizer durch Schreiben vom 11. Dezember eine Einberufung des Schlichtungsausschusses gefordert hatte, wurde ihm nach wiederholten Verhandlungen des Gewerberat Körner erklärt, daß er keine rechtliche Bedenken mehr habe, für den erkrankten Unternehmerbevollmächtigten einen Stellvertreter einsetzen zu lassen. Hätte Herr Körner damals Bedenken geltend gemacht, dann würde sofort Einspruch erhoben worden sein und ein neues Schiedsgericht hätte zu entscheiden gehabt. In dem Schiedsgericht heißt es ausdrücklich, daß das Schiedsgericht erneut zusammentreten muß, wenn innerhalb 14 Tagen eine Verständigung zwischen den Parteien nicht erzielt wird. Da Herr Körner von den Arbeitnehmern rechtzeitig der Antrag auf Einberufung des Schiedsgerichts übermittelt worden ist, hatte er die Pflicht, das Schiedsgericht fristgemäß einzuberufen und, falls von den Arbeitgebern Einspruch erhoben worden wäre, den Arbeitnehmern nahelegen, eventuell die Einberufung eines neuen Schiedsgerichts zu veranlassen. Er hat jedoch weder das eine noch das andere getan, sondern sogar ausdrücklich erklärt, keine rechtlichen Bedenken wegen der Erziehung des erkrankten Arbeitgeberbevollmächtigten zu haben. Er hat somit die rechtlich und moralisch gleichermaßen unzulässige Verschleppungspolitik der Unternehmer direkt unterstützt. Was uns von dem Vorsitzenden des Berliner Schlichtungsausschusses nicht sonderlich überrascht.

Kommunistische Räubergeschichten.

Das Berliner Kopfbild der „Pravda“ veröffentlicht in ihrer Dienstagsnummer von dem angebliehen Observer aus London, der aber offenbar sein Hauptquartier in der Friedrichstraße in Berlin hat, eine gruselige Geschichte. Der Man weiß nicht allein, was in der Sitzung des Generalrats der englischen Gewerkschaften,

der er nicht beigewohnt hat, passiert ist, sondern auch was sich in Brüssel in der gemeinsamen Sitzung der Internationale, wo er auch nicht war, zugefallen hat. Nämlich etwas ganz anderes als man bisher gewußt und die Berliner „Pravda“ berichtet hat. Man höre und staune:

Der Generalrat der englischen Gewerkschaften hat zwar abgelehnt, an dem Einigungs-schwindel der englischen Kommunisten sich in irgendeiner Weise zu beteiligen und dem IGB empfohlen, daselbst zu tun, er hat aber heimlich beschlossen, für den noch größeren internationalen Schwindel eines „Einheitskongresses“ einzutreten. Dieser zweite Beschluß wurde jedoch geheim gehalten, um den „Reformisten“ in den anderen Ländern nicht wehe zu tun. Dieser heimlich unheimliche Beschluß sei auch die Ursache, weshalb die Diskussion über die Haltung der englischen Delegation in Rußland auf der Brüsseler Konferenz vertagt wurde. Angeblich sei zwar die Vertagung erfolgt, weil die englischen Delegierten infolge des Unwetters im Vernekanal verhindert waren, den Verhandlungen beizuwohnen, in Wirklichkeit aber wegen der großen Gegensätze zwischen den (abwesenden) Engländern und den anderen Delegierten.

Wahrscheinlich war das Unwetter im Vernekanal auch nur eine reformistische Erfindung, die die bürgerliche Presse verbreitete, um den Reformierten aus der Taube zu heilen. Aber trotz alledem: Moskau wird siegen. Der Observer aus der vierten Dimension sagt es.

Die Bauschlösser lehnen den Schiedspruch ab.

Bestern abend berichtete Fuhs vom Deutschen Metallarbeiterverband in einer Branchenversammlung der Berliner Bau-, Schiedsrichter- und Bauschlösser über die Lohnverhandlungen. Der Redner knüpfte an den Beschluß der letzten Versammlung an, daß über den letzten Teil des Schiedspruches, wonach bereits gewährte Zulagen in Anrechnung kommen, noch einmal verhandelt werden soll. Diese Verhandlungen haben gestern stattgefunden. Die Arbeitgeber hätten jedoch nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt, sondern vielmehr auf dem Standpunkt verharrt, daß alle nach dem 31. Oktober gezahlten Lohnzulagen bei der kommenden Lohnfestlegung in Anrechnung gebracht werden müßten. Von dem durch den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses zugestandenem Recht würden die Arbeitgeber in volstem Maße Gebrauch machen. Bei einzelnen Firmen seien die Zulagen nicht eingetragen worden. Da aber dennoch die Arbeitgeber bei den Verhandlungen nicht im ernstesten die Hand zur Verständigung boten, würden sie jetzt die Ablehnung des unzulässigen Schiedspruches herbeiführen. Krüger empfahl, den Schiedspruch abzulehnen und in den Betrieben eine Urabstimmung herbeizuführen.

In der Diskussion wurde allgemein in schärfster Form die Ablehnung des Schiedspruches gefordert. Einige Redner traten für sofortigen Kampf ohne jede Urabstimmung ein. Von einem kommunistischen Redner wurde erklärt, man solle mit den Unternehmern überhaupt nicht mehr verhandeln, sondern eine tariflose Zeit herbeiführen. Dieser Ansicht traten sowohl Krüger als auch Fuhs energisch entgegen.

Bei der Abstimmung wurde der Schiedspruch einstimmig abgelehnt. Heute findet in den Betrieben eine allgemeine Urabstimmung statt. Das Ergebnis dieser Abstimmung wird für die weiteren Maßnahmen der Funktionäre im Einvernehmen mit der Branchenleitung maßgebend sein.

Die Versicherungspflichtgrenze für Angestellte. Durch die Verordnung vom 10. Januar 1925 hat der Reichsarbeitsminister die Versicherungspflichtgrenze für Angestellte usw. in der Krankenversicherung und die Einkommensgrenze für den freiwilligen Beitritt zur Krankenversicherung auf 2700 Reichsmark jährlich festgelegt. Die Verordnung tritt am 12. Januar 1925 in Kraft. Die Reichsliste für solche Personen, die durch diese Verordnung der Versicherungspflicht neu unterstellt werden, ist bis zum 1. Februar 1925 erstreckt worden.

Beamtentätigkeit für Berlin: Ernst Reuter, Wirtschaftl. u. v. S. Steiner; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: A. S. Köhler; Hofbesitzer und Sonstiges: Felix Kaufmann; Anzeigen: H. Gluck; Familien in Berlin: Seeberg; Vormünder-Berlin G. m. b. H. Berlin; Druck: Hermann-Buchverlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Berliner Elektriker-Genossenschaft

angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
— Fernaparat: Norden 1198
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel - Ausführung sämtl. Reparaturen - Preiswerte, gediegene Arbeit

Der gute Kapitän-Kaufabak
in die des meisten Zigaretten-qualitäten erhältlich
C. Becker, Berlin
Lichtenberger Straße 22. Kgl. 3861

Steybeden
In der Provinz, direkt Fabrik
Bernhard Strohmändel,
Wallstr. 12 (F. S. Spittelmarkt),
E. Engelstr. u. Nikolausberg, Pl. 2
Reparaturen jeder Art

Letzte Woche in-ven-Ausverkauf

Von unserem Riesenslager haben wir verschiedene Artikel jetzt nochmals herabgesetzt, um unbedingt damit zu räumen. Von den nochmals herabgesetzten Sachen sowie von unseren sonstigen lächerlich billigen Angeboten hier nur einige Beispiele

<p>Pf. 95 Pl.</p> <p>Warme Damen-Hausch. kariert oder leinwand. Turnschuhe Gr. 36-41 mit starker Jute-sohle Led. Damen-Hauschuhe kräftig, Spalieder, Leder-sohle Babyschuhe Leder od. Stoff, entzück. Muster</p>	<p>Pf. 2 95</p> <p>Amerikan. Damen-Stiefel, teils Halbschuhe, schlanks, spitze Form, exakt. Leder, Größe 35-39. Damen-Halbschuhe Cromleder und mit. Wildleder Größe 35-37. Damen - Lederspangen-schuhe für Str. u. Haus, Gr. 36-42.</p>	<p>Pf. 4 90</p> <p>Braune und schwarze Damen-Halbschuhe in Buscall, Chevrons und Chrom leder sowie Goldklett, Atlas etc. meist sehr gutes Material, moderne Formen, teils Handarbeit. Herren-Stiefel, kräftig u. Spalieder, breite Form</p>	<p>11 00</p> <p>Sportstiefel braun und schwarz, Sportleder besond. kräftige Sohlen, ge-schlossene Lasche, wasserdicht, Futter kubert haltbar . . .</p>	<p>3 80</p> <p>Wildleder, mit. braun, grau und schwarz Schnür- und Pumps</p>
<p>Pf. 5 90</p> <p>Moderne Spangenschuhe beide od. schmale Spangenspange Damen-Schnür- und Spangenschuhe braun u. schwarz mod. Formen Herren-Stiefel echt Buscard mod. breites Form gutes haltbares Material</p>	<p>Pf. 7 90</p> <p>Ein Posten Damen-Luxus-u. Straßen-schuhe in Lack, Sandkalt, braun, schwarz und grau Chevrons, Schnür, Spang und Pumps, hochlegante Sohlen. Herren-Stiefel braun, halblider und schwarz Rind-box, sehr gutes Material</p>	<p>Pf. 9 80</p> <p>Lack, Spangen- und Schnürschuhe, moderne Form Orig. Goodyear Welt Halbschuhe, braun und schwarz, Boxkalt, R'Chevrons etc. Herren-Halbschuhe, Orig. Goodyear Welt</p>	<p>11 00</p> <p>Herren Stiefel u. Halbschuhe Orig. Goodyear Welt, moderne Form . . .</p> <p>11 00</p> <p>Lack - Fantasie-Spangenschuhe teils farbigen Besatz, Louis-Abus etc., sowie 2 Knopfspann, hoch-elegant</p> <p>65</p> <p>Pantoffel Herren 75, Damen . Pl.</p> <p>3 50</p> <p>Kamelhaar-touff-schuhe jetzt besonders billig</p> <p>3 50</p> <p>Kinderstiefel b. aus, Faltleder, 31-33 4-50, 27-30 .</p>	<p>5 00</p> <p>Herren-Stiefel echt Buscard</p> <p>4 00</p> <p>kräft. Spal. leder</p>

Gross-Detail **Schuh-Lokal** Bekandt
Münzstr. 25
Frankfurter Allee 54
Hollibaum-Damm 12